Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2016-06-13

Dezernat/ Amt: II / Fachdienst Soziales

Bearbeiter/in: Jäger, Stefan

Telefon: 545-2151

Beschlussvorlage

Drucksache Nr.

00775/2016

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Entscheidung über die Einleitung und Art der Vergabe gemäß § 5 Abs. 4 Nr. 1b der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin für die Leistungsvergabe zur sozialen Betreuung dezentral untergebrachter syrischer Kontingentflüchtlinge

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens für eine Leistungsvergabe zur sozialen Betreuung der syrischen Kontingentflüchtlinge für die Landeshauptstadt Schwerin und der Zuschlagserteilung an den wirtschaftlichsten Bieter zu.

Die Vergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags erfolgt bundesweit im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung.

Der Hauptausschuss wird über das Ergebnis des Vergabeverfahrens in Kenntnis gesetzt.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Das Landesamt für innere Verwaltung weist der Landeshauptstadt Schwerin u.a. auch sogenannte syrische Kontingentflüchtlinge zu, die dezentral in hierfür bereit gestellten Wohnungen untergebracht werden.

Dieser Personenkreis weist die Besonderheit auf, dass er eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz erhält. Hiermit verbunden sind Leistungen nach dem SGB II im Fall der Hilfebedürftigkeit und die grundsätzliche Erlaubnis für eine Arbeitsaufnahme. Gleichzeitig ist dies verbunden mit einer Residenzverpflichtung am zugewiesenen Unterbringungsort und einem gleichzeitigen Anspruch auf eigenen und angemessenen Wohnraum.

Dieser Personenkreis wird für die Dauer von maximal 2 Jahren sozial betreut.

Der seit 01.09.2012 laufende Vertrag für die soziale Betreuung wurde mit dem Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Schwerin-Parchim e.V. geschlossen. Zum damaligen Zeitpunkt wurden syrische Kontingentflüchtlinge in zwei Wohneinheiten betreut. Aufgrund dieser Geringfügigkeit wurde die Vergabe nicht ausgeschrieben. Die Kosten dieser sozialen Betreuung erstattet das Land M-V der Landeshauptstadt Schwerin nach den Maßgaben des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FIAG M-V) in voller Höhe. Das Landesamt hat die Landeshauptstadt Schwerin aufgefordert, diese soziale Betreuung erneut auszuschreiben.

2. Notwendigkeit

Kostenkalkulation für die Auftragsvergabe:

Rd. 60 Personen in der sozialen Betreuung; hieraus resultieren bei einer personenabhängigen Tagespauschale von 123,80 € (brutto) mal durchschnittlich 30 Monattagen = 3.714 € zzgl. einer Grundpauschale von 380,-- € = Gesamtaufwendungen von rd. 4.100,-- €/mtl.

Ziel der Ausschreibung ist ein Dienstleistungsvertrag mit unbestimmter Laufzeit, so dass gem. § 3 Abs.1, 11 Nr. 2 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung-VgV) der 48-fache Monatswert (< 200 T€) für die Art der Vergabe maßgebend ist.

Die Vergabe erfolgt national im Wege eines offenen Verfahrens im Sinne § 15 Vergabeverordnung - VgV. Der Schwellenwert der Richtlinie 2014/24/EU, Abschnitt 2, Artikel 4 Nr.d – Schwellenwerte – in Höhe von 750 T€ wird nicht überschritten.

Bei einem Jahresbetrag (Auftrag auf wiederkehrende Leistungen) von rd. 50 T€ obliegt die Entscheidung entsprechend § 5 Abs. 4 Nr. 1 b Hauptsatzung dem Hauptausschuss. Dieser trifft im Einvernehmen mit der Oberbürgermeisterin auch die Entscheidung über den Abschluss von Dienstleistungsverträgen mit einem Wert ab 30.000,00 €, vgl. § 5 Abs.5 Hauptsatzung.

3. Alternativen

keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ~~ja~~/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

vollständige Erstattung durch das Land M-V nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FIAG)

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

Anlagen:

keine

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin